



HESSISCHER LANDTAG

25. 08. 2020

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Polizeiliches Fehlverhalten, Gewalt und Übergriffe gegen die Zivilgesellschaft stoppen und aufklären!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag zeigt sich bestürzt über Vorwürfe gegen Dutzende hessische Polizistinnen und Polizisten wegen Nähe zum Rechtsradikalismus, Rassismus, Faschismus und möglicher Straftaten sowie über illegale Datenabfragen von Polizei-Computern. Der Landtag zeigt sein Unverständnis über die mangelnden Aufklärungserfolge bei der Aufklärung dieser Vorgänge durch Polizei und Staatsanwaltschaft.
2. Der Hessische Landtag ist schockiert von Video-Aufnahmen und Vorwürfen über Polizeigewalt, wie sie jüngst vermehrt in anderen Bundesländern sowie in der Nacht zum 16. August auch in Frankfurt-Sachsenhausen in Form massiver polizeilicher Übergriffe gegen Bürgerinnen und Bürger zu beobachten waren.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - a) endlich alles zur Aufklärung der sogenannten NSU 2.0 Affäre, des Datenmissbrauchs und rechtsradikaler Äußerungen und Handlungen von Polizeikräften zu unternehmen,
 - b) alles zur Aufklärung und Beendigung von polizeilichem Fehlverhalten in Form von Übergriffen gegen Bürgerinnen und Bürger sowie sogenanntem „Racial Profiling“ beizutragen und auch für die Zukunft nach allen Möglichkeiten auszuschließen
 - c) sowie endlich die im schwarz-grünen Koalitionsvertrag vereinbarte „unabhängige Ombudsstelle für Bürgeranliegen und Beschwerden“ als Anlaufstelle für Probleme zwischen Bürgern und Sicherheitsbehörden sowie auch für Angehörige der Sicherheitsbehörden (KOALITIONSVERTRAG zwischen CDU Hessen und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen für die 20. Legislaturperiode, S. 66 f.) einzurichten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. August 2020

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Torsten Felstehausen